

Ein Jahr nach dem Putsch: Thailands trostlose Verfassung

Serhat Ünalđi*



Mai 2015 **Asia Policy Brief** 2015 | 02

Ein Jahr nachdem in Thailand erneut die Militärs die Macht ergriffen haben, nimmt eine neue Verfassung Gestalt an – die zwanzigste seit 1932. Darin sehen die konservativen Verfassungsväter vor, Wahlen nach einer Variante der deutschen personalisierten Verhältniswahl abzuhalten. Ihre Hoffnung: Die daraus hervorgehenden Koalitionsregierungen würden verhindern, dass künftige Administrationen zu One-Man-Shows mutieren. Diese Hoffnung könnte sich als trügerisch erweisen.

„Am deutschen Wesen mag die Welt genesen“ – wann immer sich kritische Analysten zu einem vermeintlichen Auftrag Deutschlands in der Welt äußern, lässt diese ironische Phrase nicht lange auf sich warten. Erst jüngst wurde sie wieder gebraucht, um eine nach deutschem Vorbild angelegte Austeritätspolitik in Südeuropa für ungeeignet zu erklären. Bei einem Land, das im vergangenen Jahrhundert gleich zweimal Chaos und Verwüstung globaler Größenordnung anrichtete, nimmt der Verweis auf seinen teutonischen Eifer nicht Wunder.

In Vergessenheit geraten ist jedoch, dass der eigentliche Urheber der Redewendung, der Lyriker Emanuel Geibel, sich nicht auf ein deutsches Wesen an sich bezog, sondern auf die von Kleinstaaterei geprägte politische Ordnung seiner Zeit – nur die Einigung der Staaten, so sein Traum, könne Europa den Frieden bringen. Mit der infamen Umdeutung durch die Nazis geriet die Wendung in Misskredit, bis sie schließlich als Kritik einer affirmativen deutschen Außenpolitik erneut verwendet wurde.

Dort, wo es keiner erwarten würde, arbeitet man hart an der Rehabilitierung Geibels – in Thailand. Mit dem Blick auf die Verfasstheit des deutschen Gemeinwesens und der Übernahme einzelner Elemente hoffen die Urheber einer neuen thailändischen Verfassung wohl, ein gewisses Deutschsein auf das südostasiatische Land übertragen zu können. Ihr erklärtes Ziel ist die Förderung von Einheit und Frieden. Im März verbrachte gar eine Delegation unter Führung des Vorsitzenden der Verfassungskommission, Bowornsak Uwanno, ganze fünf Tage in Deutschland, um das hiesige Wahlsystem genauer kennenzulernen; man sprach unter anderem mit Vertretern des Bundesverfassungsgerichts.

Ausgerechnet das deutsche Grundgesetz enthält aber nur wenige Zeilen dazu, wie Wahlen abzuhalten sind – und nicht eine einzige zur Verhältniswahl. Die Besucher aus dem südostasiatischen Königreich waren jedoch beeindruckt genug, um ganze 13 Artikel über dieses Wahlsystem (Artikel 103–115, insgesamt sechs Seiten) in den Verfassungs-

* Serhat Ünalđi ist Projektmanager im Programm Deutschland und Asien der Bertelsmann Stiftung und Verfasser des Buchs *Working Towards the Monarchy: The Politics of Space in Downtown Bangkok* (University of Hawaii Press, in Kürze).



entwurf aufzunehmen. Kein Wunder also, dass die neue Verfassung zur längsten werden könnte, die Thailand jemals hatte.

Symbiose zwischen König und Monarchisten in Gefahr

Die detailreichen Bestimmungen sind bezeichnend für den Paternalismus der den Entwurfsprozess ebenso wie den Militärputsch prägte, der ihn vergangenes Jahr in Gang setzte. Somit könnten Deutschland und Thailand bald ähnliche Wahlsysteme teilen, nicht aber den Geist, der ihren Verfassungen zugrunde liegt. Wo das Grundgesetz die Grundrechte hervorhebt, die Bürgerinnen und Bürger gegen staatliche Unterdrückung schützen sollen, ansonsten aber ein gewisses Maß an Auslegungsfähigkeit zulässt, ist der thailändische Verfassungsentwurf vom Misstrauen gegenüber Berufspolitikern und ihrer Wählerschaft geprägt. Die greisen Urheber waren bestrebt, Thailand eine elitäre Form der Staatsführung pedantisch aufzuoktroieren – als könne eine Verfassung allein wünschenswerte Untertanen und ebenso wünschenswerte Volksvertreter schaffen.

Dieses Misstrauen findet seinen radikalsten Ausdruck in Artikel 172 des Verfassungsentwurfs, der die Ernennung eines nicht gewählten parlamentsfremden Ministerpräsidenten vorsieht, wenn dies eine Zweidrittelmehrheit beschließt – eine Bestimmung, die wie ein Damoklesschwert über gewählten Premiers hängen könnte: Sie müssten ständig fürchten, durch externe Einflussnahme von einem Außenseiter abgelöst zu werden. Dieser wiederum hätte kein Mandat der Wähler, aber die Unterstützung der Monarchisten und militärhörigen Eliten. Artikel 172 soll dafür sorgen, dass ein künftiger Premier nicht allzu weit von den ausgetretenen Pfaden der etablierten Bangkok- und eliteorientierten Politik abweicht. Zudem kann die Regelung dazu herhalten, die Amtszeit des jetzigen Machthabers Prayut Chan-o-cha zu verlängern oder einen anderen, dem Militär verbundenen Premier ins Amt zu heben, sollten Wahlen tatsächlich einmal stattfinden.

Die Gründe für derlei Maßnahmen liegen auf der Hand.

Mit den handverlesenen Mitgliedern der Verfassungskommission wollen das Militär und seine Hintermänner den Entwurf einer Verfassung prägen, die den Einfluss des früheren Ministerpräsidenten Thaksin Shinawatra zurückdrängen soll. Thaksin und seine Gefolgsleute, durch die er das Land regiert seit er 2001 das Amt des Premierministers gewann – so wie sämtliche Wahlen seither –, sind die Nemesis der alten Monarchisten-Garde. Mit enormem Rückhalt aus dem Volk hatte der frühere Wirtschaftsmogul begonnen, Militär, Monarchie und den überkommenen Verwaltungsapparat Bangkoks als Dreh- und Angelpunkte der thailändischen Ordnung außer Gefecht zu setzen.

So bildete Thaksin, der mit einer leichten Umverteilungspolitik auf das wachsende Verlangen der Armen und der unteren Mittelschichten nach materieller Teilhabe reagierte, eine Bedrohung für die alten Eliten. Thaksins äußerst populäre Maßnahmen – etwa ein Kreditprogramm für Dörfer, ein Schuldenmoratorium für die Landwirtschaft und eine universelle Gesundheitsversorgung – offenbarten dabei die Verwundbarkeit des Monarchen in seiner herausgehobenen Stellung. Jahrzehntlang war König Bhumibol öffentlich zum größten Wohltäter des Landes aufgebaut worden. Diese Wahrnehmung nutzten Monarchisten aller gesellschaftlichen Schichten zu ihren Gunsten. Sie machten Gebrauch vom penibel gepflegten Charisma des Königs, um ihre eigenen Interessen und Ziele zu legitimieren. Durch diesen unablässigen Rückgriff auf Bhumibol arbeiteten sie wiederum der Monarchie zu und bestätigten den König in seiner unangreifbaren Position.

Dieses fein abgestimmte System gegenseitiger Unterstützung war durch den drohenden Verlust königlicher Autorität zugunsten Thaksins gefährdet. Und eben dies brachte die Monarchisten gegen ihn auf, wie auch sein zunehmend autoritärer Führungsstil. Förderlich war es zudem nicht, dass Thaksin bekanntermaßen den Kronprinzen Vajiralongkorn unterstützte, da dies die Angst seiner Gegner schürte, der nächste König könne der Shinawatra-Familie gegenüber verpflichtet sein. In Bhumibols letzten Lebensjahren wird auch die Kontrolle

über die Thronfolge zum Machtfaktor in der politischen Auseinandersetzung.

Allerdings: Der Putsch, der Thaksin 2006 von der Macht verdrängte und ihn ins Exil trieb, sowie die nachfolgenden demokratiefeindlichen Winkelzüge reichten nicht aus, seine Beliebtheit in weiten Teilen der Wählerschaft zu schmälern. Monarchisten, Militärs, eine parteiische Justiz und die Demokraten (Thailands älteste politische Partei, seit 1992 ohne Sieg bei Parlamentswahlen und deshalb verzweifelt ins Thaksin-feindliche antidemokratische Bündnis geflüchtet) unternahmen aussichtslose Versuche, ihn zu kriminalisieren und zu diskreditieren sowie seinen Maßnahmen eigene populistische Programme entgegenzusetzen. Trotz dieser Ränke wurden die mit Thaksin verbundenen Parteien bei jeder Wahl seit dem Putsch von 2006 stärkste Kraft, sodass seine Schwester Yingluck 2011 Premierministerin werden konnte.

Yinglucks Versuche, Militär und Monarchisten zu beschwichtigen, scheiterten, als ihre Administration ungeschickt ein Amnestiegesetz durchs Parlament bringen wollte. Dieser fahrlässige Schritt verärgerte Anhänger wie Gegner gleichermaßen. Die Shinawatras hatten wohl das Verlangen nach Gerechtigkeit auf beiden Seiten des politischen Grabens unterschätzt – hüben wie drüben wollte man jene, die für Gewalt und politische Verbrechen verantwortlich waren, zur Rechenschaft gezogen wissen. Der sich Luft machende Zorn gegen die Regierung Yingluck belebte die Anti-Thaksin-Front aufs Neue.

Es folgten monatelange Straßenproteste und vorgezogene Neuwahlen. Diese waren geprägt vom Boykott der Regierungsgegner und von Unruhestiftern, die versuchten, die Menschen von den Wahlen fernzuhalten. Die politische Einmischung der Justiz führte schließlich zur Entfernung der Premierministerin aus dem Amt. Am 22. Mai 2014 kam es zum Putsch gegen die der Shinawatra-Familie verbundene Übergangsregierung.

Der Anführer des Staatsstreichs, General Prayut Chan-ocha, setzt seit der Machtübernahme eine trügerische politische Ruhe durch. Seine Regierung lässt Demokra-

Abbildung 1: Zahl ausländischer Thailand-Reisender (in Tausend).



Quelle: Ministerium für Tourismus und Sport, Thailand



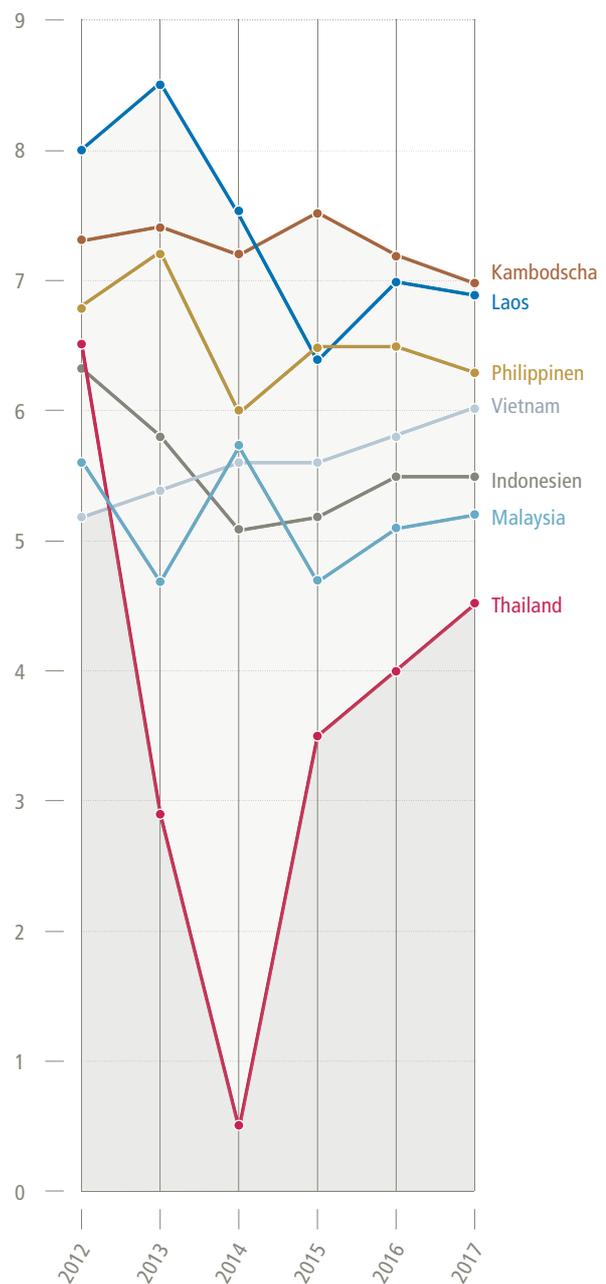
tiebefürworter willkürlich verhaften, bringt Zivilisten vor Kriegsgerichte, setzt unnachgiebig das Gesetz gegen Majestätsbeleidigung durch, um die Monarchie gegen Schmäherung zu schützen, und bedroht Journalisten mit dem Tod. Prayuth regiert im Ausnahmezustand; dieser wurde zwar offiziell im April 2015 aufgehoben, doch ist seitdem Artikel 44 der Übergangsverfassung in Kraft, der Prayuth nahezu uneingeschränkte Vollmachten bei Unruhen einräumt.

Internationale Besorgnis schwächt Wirtschaft

Politiker und Anleger müssen ebenso wie Touristen begreifen, dass sich Thailand in der Hand eines Diktators befindet. Hier kann es keinen Vertrauensbonus geben. Die amtierende Regierung hat sich als unfähig erwiesen, die zahlreichen Probleme des Landes zu lösen. Stattdessen drangsaliert sie das eigene Volk. Seit dem Putsch im Mai vergangenen Jahres gab es 690 Vorladungen, 399 Verhaftungen – darunter 144 Festnahmen bei friedlichen Protesten – und 47 neue Fälle strafrechtlicher Verfolgung wegen Majestätsbeleidigung, so die thailändische NGO iLaw. Unsinnige Verfügungen wurden erlassen, etwa die Kriminalisierung des Verzehrs von Sandwiches oder der Lektüre von Orwells „1984“ in der Öffentlichkeit, des Dreifingergrußes aus der Buch- und Filmreihe „Die Tribute von Panem“ sowie Protestmärsche. Unter diesen Umständen ist die dringend nötige offene und alle Beteiligten einbeziehende Diskussion über die Zukunft des Landes unmöglich geworden.

Thailand-Reisenden sollte klar sein, dass sie ein Land besuchen, in dem die Opposition eingeschüchtert und die freie Meinungsäußerung unterdrückt wird. Thailand, so die Weltorganisation für Tourismus (UNWTO), bekommt die Folgen bereits zu spüren (Abbildung 1): Auf der Rangliste der Auslandstouristen rutschte das Land von Platz 10 im Vorjahr auf Platz 14 im Jahr 2014, wobei die Zahl der Besucher insgesamt um 6,7 Prozent zurückging. Und laut dem aktuellen MasterCard Global Destination Cities Index (GDCI) hat London die Hauptstadt Bangkok wieder vom

Abbildung 2: BIP und Prognosen für Südostasien



Quelle: Weltbank

Spitzenplatz als beliebtestes Reiseziel verdrängt. Die Besucherzahlen steigen zwar seit kurzem wieder, doch ist dies kein Grund zum Aufatmen. Das Wachstum verdankt sich vor allem chinesischen Touristen, die weniger Geld im Land lassen – schlechte Nachrichten, denn der Tourismus-Sektor entspricht einem Anteil von zehn Prozent des thailändischen BIP.

Bei den Besuchern aus dem Westen hat es Thailand nicht unbedingt beliebter gemacht, dass sich Prayut Chan-ocha über das Tragen von Bikinis mokierte. Er äußerte sich nach dem Mord an einem jungen britischen Paar auf der Insel Koh Tao im September – einem von mehreren Tötungsdelikten an thailändischen Stränden, die vergangenes Jahr Schlagzeilen machten. In einer seiner berühmten Fernsehansprachen witzelte Prayuth: „Touristen halten Thailand für schön und sicher, und sie glauben, hier alles tun und lassen zu können, was sie wollen. Dass sie Bikinis tragen und überall hin gehen können. Ich frage: Kommen Frauen ungestraft davon, wenn sie Bikini tragen? Und nicht hübsch sind?“ Die britische Presse berichtete ausführlich über die Geschmacklosigkeit des Machthabers, die er sich nach dem tragischen Tod zweier junger Menschen in seinem Land leistete.

Dabei ist der Tourismus nur einer von zahlreichen Krisenherden. Unter Prayuths Führung kommt zu einer stockenden Konjunktur, die sich nur quälend langsam erholt, ein von schwachem Vertrauen geprägtes Konsumklima hinzu – im März mit einem Dreivierteljahrestief. Im Vorjahr war in Thailand überhaupt kein Wachstum zu verzeichnen. Die Exporte blieben erneut hinter den Erwartungen zurück, die Investitionen lagen 2014 um 20 Prozent unter Vorjahresniveau.

Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung und der Kaufkraft – etwa Infrastruktur-Großprojekte, für die Yingluck kritisiert worden war, die aber von der Militärregierung rasch übernommen wurden – sind bei der Umsetzung im Rückstand. Die Zentralbank hat kürzlich ihre Wachstumsprognose auf 3,8 Prozent nach unten korrigiert, doch rechnet das Kasikorn Research Centre mit

einem noch schwächeren Wachstum von 2,8 Prozent. Damit bleibt das Land wohl die am langsamsten wachsende Volkswirtschaft der Region (Abbildung 2).

Thailand steckt in einer klassischen „middle-income trap“. Und mit einem Bildungssystem, bei dem nationalistische Indoktrination und rein mechanisches Lernen höhere Ziele sind als kreatives, kritisches Denken, wie es für eine Wirtschaft mit hoher Wertschöpfung nötig wäre, wird Prayuths Land gegenüber den agileren Konkurrenten jenseits der Grenzen weiter an Dynamik verlieren. Der Juntachef schreibt für die Schüler vor, tagtäglich die zwölf zentralen Werte des Regimes aufzusagen, etwa die Monarchie hochzuhalten, den Eltern dankbar zu sein und die Traditionen zu pflegen. Diese Rückwärtsgeandtheit verheißt für die Zukunft nichts Gutes. Die derzeitige Skepsis bei Anlegern und Verbrauchern passt zum allgemeinen Misstrauen angesichts der Richtung, die Thailand seit dem Putsch einschlägt.

Die internationale Gemeinschaft teilt diese Zweifel. Unmittelbar nach dem Putsch machte die Europäische Union ihre Besorgnis deutlich, indem sie die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Thailand auf Eis legte. Der Brüsseler Schritt kam für das Land zu einem heiklen Zeitpunkt. Nach dem Ausscheiden aus dem Allgemeinen Präferenzsystem der EU dieses Jahr und dem Verlust der entsprechenden Zollbegünstigungen wird der Abschluss eines Freihandelsabkommens mit Europa zu einer immer dringenderen Angelegenheit – ist die EU doch Thailands drittgrößter Absatzmarkt. Bislang steht die EU zu ihrer Ankündigung, mit Thailand erst wieder Abkommen zu schließen, wenn es eine demokratisch gewählte Regierung hat. Sofern aber europäische Verfechter der Demokratie dies als Zeichen eines Brüsseler Engagements für Menschenrechte und demokratische Werte auslegen wollen – weit gefehlt, denn die Motive der europäischen Unterhändler sind profaner. Einer Quelle in der Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission zufolge ist die EU insbesondere beunruhigt wegen der technischen Konsequenzen eines zu diesem Zeitpunkt abgeschlossenen



Freihandelsabkommens. Der Grund: Eine künftige zivile Regierung könnte die mit der Militärregierung getroffenen Vereinbarungen rückwirkend auflösen. Die Demokratiephrasen aus Brüssel verdanken sich also nüchternem Pragmatismus. Dennoch: Die ökonomischen Folgen eingefrorener Verhandlungen sind für Thailand durchaus real.

Als größter Investor in Thailand drängt auch Japan auf die Wiederherstellung der Demokratie. Nippon erinnert Prayuth daran, dass Investitionen an Wettbewerber in der Region gehen können, sollte Thailand die – inzwischen zurückgestellten – wirtschaftsnationalistischen Maßnahmen tatsächlich umsetzen. Unbehagen an der Politik der Militärregierung äußert inzwischen lautstark auch ein weiterer wichtiger befreundeter Staat – die USA. Bei seinem Besuch in Bangkok im Januar forderte Daniel Russel, Präsident Obamas Asienberater im Außenministerium, einen umfassenderen politischen Dialog; er zeigte sich besorgt über die Unterdrückung der Bürgerrechte und die politisch motivierte Behandlung Yingluck Shinawatra vor den Gerichten. Im April sagte das zuständige US-Kommando gar die Vorbereitungsgespräche für das Manöver „Cobra Gold“ in Thailand ab, das größte seiner Art im asiatisch-pazifischen Raum. Offiziell gilt das Treffen als verschoben, es wurde jedoch kein Ersatztermin vereinbart – nach der Aussetzung der Militärhilfe für die thailändische Armee und der Verkleinerung von Cobra Gold nach dem Putsch ein weiteres Zeichen der Missbilligung. Kürzlich sendete Washington wohl noch ein Signal: Glynn Davies, früherer Unterhändler in Nordkorea, wird neuer US-Botschafter in Thailand – vorbehaltlich der Bestätigung durch den Senat. Einige Beobachter werteten diese Entscheidung für einen gestandenen Experten der Krisendiplomatie als Zeichen dafür, dass die Militärregierung zur Demokratie gedrängt werden soll. Ein noch klareres Signal wäre es allerdings gewesen, zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch keinen Botschafter zu bestellen. Doch die USA müssen einen Drahtseilakt vollführen: einerseits ihre Unzufriedenheit mit der Militärdiktatur zum Ausdruck bringen und andererseits versuchen, Thai-

land nicht soweit gegen sich aufzubringen, um es China in die Arme zu treiben.

In den vergangenen Monaten hat die Militärregierung bereits versucht, Druck auf ihre Freunde im Westen auszuüben – durch Gespräche mit Russen und Chinesen auf hoher Ebene. Diskutiert wurde ein Ausbau der Beziehungen mit China im Verteidigungsbereich, während der russische Ministerpräsident Dimitri Medwedew das Königreich im April als erster Premier seines Landes seit 25 Jahren besuchte. Da Thailand langjährige Beziehungen zum Westen pflegt, wird dieses diplomatische Theaterspiel wohl keine grundlegende Abwendung von seinen demokratischen Partnern einleiten. Es scheint jedoch dazu angetan, Washington von härteren Maßnahmen gegen einen seiner ältesten – wenn auch enttäuschendsten – Verbündeten in Südostasien abzuhalten.

Verfassungsentwurf schafft keine Abhilfe

Angesichts der fatalen Lage, in die sich Thailand manövriert hat, verhalten sich Anleger klugerweise abwartend. Die künftige Orientierung des Königreichs bleibt unklar, hinsichtlich seiner Stabilität und Berechenbarkeit sind ernste Zweifel angebracht. Wenn der Mitte April bekannt gewordene Verfassungsentwurf mehr Klarheit hätte bringen sollen, so versagt er hier völlig. Sollte die Regierung die im Verfassungsentwurf vorgesehenen Kontrollmechanismen tatsächlich realisieren, wäre eine effiziente Führung des Landes nahezu unmöglich.

Die obskure „National Moral Assembly“, deren Aufgabe es wäre, das ethische Verhalten der Politiker zu beurteilen, ist lediglich eines von zahlreichen Gremien, die sich in Angelegenheiten der gewählten Vertreter einmischen würden. In Verbindung mit der Aussicht auf einen nicht gewählten Ministerpräsidenten wäre Thailand nur noch dem Namen nach eine Demokratie – eine Entwicklung, für die auch die Zusammensetzung des künftigen Oberhauses typisch ist: 200 Senatoren, von denen nur 77 gewählt werden. Vor einem Jahrzehnt bildete der Senat den Willen des Volkes noch vollumfänglich ab.



Auch das an Deutschland orientierte Verhältniswahl-system soll die Regierung schwächen. Die Väter des Verfassungsentwurfs waren darauf aus, die Rückkehr eines starken, Thaksin verbundenen Premiers zu verhindern. Deshalb untersuchten sie die Wahlsysteme anderer Länder und stellten fest: Das deutsche Modell ermöglicht eine auf ausreichend breite Koalitionen gestützte Regierung – und damit die Verwässerung des Programms künftiger Premiers. Durch Koalitionen, so die Hoffnung der Verfasser, ließe sich der jeweilige Premier insofern beherrschen, als er Kompromisse schließen muss, um die Koalitionspartner zufriedenzustellen.

Doch Thailand hat bereits reichlich Erfahrung mit Koalitionsregierungen. Diese verheißen nicht viel Gutes: In den 1990er Jahren, vor Ausbruch der Finanzkrise in Asien 1997, vermochte keine der damals häufig wechselnden Koalitionen effiziente Regierungsarbeit zu leisten. Gezänk, Feilschen und Abtrünnigkeit waren an der Tagesordnung. Daher ist davon auszugehen, dass Thailand wohl wieder höchst instabile Koalitionsregierungen bekommen könnte, die kaum etwas bewegen.

Angesichts Thaksins anhaltender Popularität ist zudem offen, ob das neue Wahlsystem einen erneuten Sieg seiner Phuea-Thai-Partei würde verhindern können. Von den 450 bis 470 Abgeordneten des künftigen Repräsentantenhauses werden 250 über die Wahlbezirke und bis zu 220 über Wahllisten ins Parlament einziehen. Die Verfasser des Entwurfs hoffen, dass der größere Anteil der über Wahllisten gewonnenen Sitze den Gegnern Thaksins zufällt, weil die ihm nahestehenden Parteien auf Wahlbezirksebene besser abgeschnitten haben. Selbst wenn es hier tatsächlich zu einer Schwächung von Phuea-Thai kommen sollte, würde Thaksins Partei wohl noch immer eine stattliche Anzahl von Sitzen im Parlament erringen können.

Von den Mängeln des Entwurfs abgesehen bleibt abzuwarten, ob dieser – oder eine überarbeitete Fassung – überhaupt angenommen wird. Nachdem die Verfassungskommission den Entwurf Mitte April 2015 fertiggestellt hatte, leitete sie ihn an den Nationalen Reformrat zur ers-

ten Beratung weiter. Beide Organe bilden zusammen mit den drei anderen von der Militärregierung installierten Gremien – also Militärrat („National Council for Peace and Order“, vulgo die Junta), Kabinett und der „National Legislative Assembly“ – die sogenannten „fünf Reformströme“.

Sie alle können Änderungen des Entwurfs vorschlagen, die dann von der Kommission erwogen werden, bis eine Endfassung dem Reformrat zur Billigung Anfang August vorgelegt wird. Lehnt der Rat die Endfassung jedoch ab, wird sie verworfen, die Gremien werden aufgelöst, und der Entwurfsprozess beginnt von vorn. Thailand könnte in einer Endlosschleife gefangen bleiben – und solange von Prayuth mit eiserner Faust regiert werden.

Fazit

In einem einflussreichen Artikel über Verfassungssysteme für gesplante Gesellschaften empfiehlt der Politologe Arend Lijphart das Verhältniswahlssystem. Für ihn ist es das System, das unterschiedliche Interessen am besten zum Ausdruck kommen lässt. „Für gesplante Gesellschaften“, so Lijphart, „sollte entscheidend sein, dass ein die breite Bevölkerung repräsentierendes Parlament gewählt werden kann – und die Verhältniswahl ist zweifellos die optimale Lösung.“ Im Falle Thailands zeigt sich jedoch, dass ein Verhältniswahlssystem möglicherweise doch nicht die Patentlösung darstellt, die den greisen Vätern des Verfassungsentwurfs vorschwebt.

Doch ein weiteres von Lijphart vorgeschlagenes Verfassungselement – ebenfalls nach deutschem Vorbild – könnte für Thailand heilsam sein: Föderalismus und Dezentralisierung. Die Verfassungskommission hat ein föderales System zwar nicht in Erwägung gezogen, jedoch ist ein Fakt kaum zu übersehen: die politische Spaltung Thailands hat auch eine geographische Entsprechung. Zwischen den Regionen und Provinzen des Landes, insbesondere zwischen Bangkok und dem Süden einerseits und den ländlichen nördlichen und nordöstlichen Regionen andererseits, gibt es große Unterschiede bezüglich lokaler Identitäten, historischer Verortung und politischer Präferenzen. Erwägens-



wert ist daher Lijpharts Empfehlung, „dass für gespaltene Gesellschaften mit geographisch konzentrierten kommunalen Bevölkerungsgruppen ein föderales System zweifellos ausgezeichnete Möglichkeiten für die Autonomie dieser Gruppen bietet.“

Statt eines Senats mit größtenteils ernannten Mitgliedern – und damit eines weiteren Demokratiedefizits – wäre es lohnenswert, die Schaffung einer zweiten föderalen Kammer in Betracht zu ziehen. Für gespaltene Gesellschaften wie Thailand empfiehlt Lijphart insbesondere das deutsche und das indische Modell. Allerdings: Wegen

der Voreingenommenheit der städtischen Eliten und der Mittelschichten sowie wegen des traditionellen Bangkok-Zentrismus des Königreichs scheint der Gedanke eines thailändischen Föderalismus vorerst noch in weiter Ferne. Und doch: Nach Ende der Ära Bhumibol könnte das Land gezwungen sein, eine effiziente und auf Ausgleich bedachte Lösung für die Strukturiertheit seines komplexen Gemeinwesens zu finden. Vielleicht kann Thailand also doch noch „am deutschen Wesen genesen“ – am Föderalismus und am fairen Wettbewerb zwischen Teilstaaten, deren Einigung dem Lyriker Emanuel Geibel vorschwebte.

Weiterführende Literatur:

Haberkorn, Tyrell. „Thailand Dictatorship far from Benign“, Asian Currents, 2. April 2015.
asaablog.tumblr.com/post/115351908961/thailand-dictatorship-far-from-benign.

Lijphart, Arend. „Constitutional Design for Divided Societies“, Journal of Democracy 15 (2) 2004. 96–109.

Ünalı, Serhat. Working Towards the Monarchy: The Politics of Space in Downtown Bangkok. Honolulu. University of Hawaii Press. Erscheint in Kürze.

Weltbank. Enhancing Competitiveness in a Globalized World. East Asia and Pacific Economic Update. Weltbank. Washington 2014.
www.worldbank.org/content/dam/Worldbank/document/EAP/region/eap-economic-update-october-2014.pdf.

Wenn Sie Rückfragen haben oder den „Asia Policy Brief“ abonnieren möchten, schreiben Sie bitte an asien@bertelsmann-stiftung.de.

Alle Ausgaben des „Asia Policy Brief“ finden Sie auf unserer Website www.bertelsmann-stiftung.de/asien unter „Kurzanalysen zu aktuellen Themen“.

ISSN 2195-0485

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
 Carl-Bertelsmann-Straße 256
 D-33311 Gütersloh

Stephan Vopel
stephan.vopel@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Peter Walkenhorst
peter.walkenhorst@bertelsmann-stiftung.de